

7. NOV. 98

Der Mensch,
der bereit ist
seine Freiheit
aufzugeben,
um Sicherheit
zu gewinnen,
wird beides
verlieren.

Benjamin Franklin, Vater der USA-Verfassung

RATSCHLAG

der

8. Antifaschistischer/Antirassistischer Ratschlag Thüringen, Haus d. Gewerkschaften Erfurt

Ablauf

<p>12.30 Uhr:</p> <p>Eröffnung und Begrüßung</p> <p>RECHTS gleich LINKS?</p> <p>Impulsreferat zur historischen und aktuellen Gleichsetzung von Links und Rechts</p> <p>Kurzvorstellung „Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit“</p> <p>Kurzvorstellung der Foren</p>	<p>Jürgen Spilling</p> <p>Prof. Manfred Weißbecker</p> <p>Julika Bürgin, DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.</p> <p>ReferentInnen</p>	<p>Duncker-Saal</p>
<p>14 Uhr Foren:</p> <p>1. Extreme Rechte auf dem Vormarsch - Analyse der Struktur des Neofaschismus - Programmatik der Hauptparteien - Schnittstellen zu den Konservativen - Rechter Konsens</p>	<p>Volkmar Wölk, freier Journalist; Sylke Kirschnick, Zentrum Demokratische Kultur; Mod.: Angelo Lucifero</p>	<p>Duncker-Saal</p>
<p>2. Staatsfixiert oder Zivilcouragiert? - Anforderungen an eine antirassistische und antifaschistische Kommunalpolitik</p>	<p>Frank Kuschel, KoPoFo PDS; DAKT e.V. (angefragt); Moderation: Jürgen Spilling/Hans-Jochen Peters</p>	<p>IGM-Club-Keller</p>
<p>3. Burschenschaften als Sammelbecken rechten Gedankengutes an Hochschulen erfreuen sich gerade in den neuen Ländern der BRD zunehmender Beliebtheit. Was steckt hinter dem Ruf nach "Ehre - Freiheit -Vaterland"?</p>	<p>Prof. Ludwig Elm; AK AntiFA/AntiRA - Für internationale Solidarität Eisenach</p>	<p>Raum 416</p>
<p>4. BürgerInnenrechte - Innere Sicherheit</p>	<p>Norbert Pütter (Cilip), Christoph Ellinghaus (DGB-Jugend)</p>	<p>Raum 415</p>
<p>5. Kein Mensch ist illegal - Menschenrechte und Asyl</p>	<p>Flüchtlingsrat Thüringen e.V., The Voice</p>	<p>Speise-Kasino</p>
<p>6. Nazis im Netz - Wo bleibt unser Netz?</p>	<p>Frank Vohla</p>	<p>Raum 211</p>
<p>7. Konferenz zur politischen Situation im Kongo</p>	<p>ACOTHÜ e.V.</p>	<p>Heckert-Saal</p>
<p>17 Uhr Theater: Von Ordnungswidrigkeiten und Gutscheinen ...</p> <p>17.10 Uhr Streitgespräch</p> <p>Staatliches Gewaltmonopol</p> <p>Abschlußforum zur Frage „Was tun, wenn der Staat nichts bzw. wenig gegen Angriffe von Rechts tut?“ In dieser Debatte geht es auch um die Aktivitäten bzw. fehlenden Aktivitäten staatlicher Institutionen gegen Neofaschismus und rassistische Übergriffe.</p>	<p>The Voice u. a.</p> <p>Nils Herder, Berlin, Antifaschist; Antifa aus Thüringen; Gerhard Mörke (GdP Thüringen), Steffen Dittes (MdL PDS), Michael Ebenau (Moderation)</p>	<p>Duncker-Saal</p>
<p>im Anschluß: Musik von und mit „The Voice“</p>		<p>Foyer vor Duncker-Saal</p>

In den Pausen wird vor dem Speise-Kasino der Film "hinter diesen Mauern" gezeigt..

Kinderbetreuung: in und vor Raum 213a

Empfang der Kinder durch Wirbelwind e.V. im Foyer vor dem Dunckersaal ab 12 Uhr

Freiheit und ein neues Verfahren für Mumia Abu-Jamal

Am Donnerstag, den 29. Oktober hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania den Wiederaufnahmeantrag von Mumia Abu-Jamal abgelehnt. Der inzwischen 44jährige afroamerikanische Journalist war 1982 wegen angeblichen Mordes an einem weißen Polizeibeamten zum Tode verurteilt worden. Seitdem sitzt er im Todestrakt in Pennsylvania. Mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ist der Weg für Pennsylvanias republikanischen Gouverneur Thomas Ridge frei, einen neuen Hinrichtungsbefehl für Abu-Jamal zu unterschreiben und ein neues Hinrichtungsdatum festzusetzen.

Abu-Jamals Anwälte haben angekündigt, gegen die Ablehnung Berufung vor einem Bundesgericht einzulegen. Chefverteidiger Leonard Weinglass macht geltend, daß die sieben Richter an Pennsylvanias Obersten Gerichtshof Beweise und Zeugenaussagen für Abu-Jamals Unschuld „überhaupt nicht berücksichtigt“ hätten. Nach jahrelangen Recherchen war es dem Anwaltsteam gelungen, neben Verfahrensfehlern im ursprünglichen Prozeß 1982 auch mehrere Augenzeugen zu finden, die bei gerichtlichen Anhörungen in den letzten zwei Jahren ausgesagt hatten, daß Abu-Jamal den Polizeibeamten nicht erschossen habe. Die Augenzeugen berichteten übereinstimmend, daß sich direkt nach den Schüssen zwei Männer vom Tatort entfernt hatten.

Darüber hinaus kritisierten die Anwälte und auch Abu-Jamals selber, daß mehrere Richter am Obersten Gerichtshof von Pennsylvania Spenden der rechten Polizeigewerkschaft Fraternal Order of Police (FOP) entgegengenommen haben. Die FOP fordert seit Jahren die Hinrichtung von Abu-Jamal. Abu-Jamal erklärte in einem offenen Brief nach der Verkündung des Richterspruches: „Auch nach diesem juristischen Todesurteil - mit leichter Hand getroffen -, bleibe ich unschuldig. Ein Gericht kann einen unschuldigen Menschen nicht schuldig machen. Der gerechte Weg für das Leben, Freiheit und Gerechtigkeit kann nur weitergehen.“

Solidaritätsgruppen für den afroamerikanischen Journalisten und ex-Black Panther-Aktivisten befürchten, daß Gouverneur Thomas Ridge nach seiner Wiederwahl bei den Gouverneurswahlen innerhalb kurzer Zeit einen neuen Hinrichtungsbefehl unterschreiben wird. Ridge hatte ein derartiges Vorgehen schon mehrfach in der Presse angekündigt. Am vergangenen Wochenende demonstrierten hunderte von Menschen in Philadelphia, New York und San Francisco für die Freilassung von Abu-Jamal und die Abschaffung der Todesstrafe. In Deutschland ruft der bundesweite Zusammenschluß unabhängiger Mumia Abu-Jamal Solidaritätsgruppen für Freitag und Samstag zu dezentralen Kundgebungen vor us-amerikanischen Einrichtungen auf. So wird beispielsweise in Hamburg eine Demonstration stattfinden und am Freitag hat es in Berlin vor dem US-Konsulat eine Kundgebung gegeben. Diese Aktionen finden parallel zu einer Großdemonstration in Philadelphia am heutigen Samstag statt.

Schon einmal, im August 1995, gab es einen Hinrichtungsbefehl gegen Mumia. Damals konnte durch eine breite internationale Protestbewegung die Aussetzung der Hinrichtung erreicht werden. Der Kampf für das Leben und die Freiheit von Mumia und die Abschaffung der Todesstrafe braucht einen langen Atem. Jetzt ist die Zeit gekommen, wieder aktiv zu werden. Solidarität ist eine Waffe!

Abschaffung der Todesstrafe international!

Autonomes Mumia-Solidaritätskomitee Berlin

Protestfaxe an: Gouverneur Thomas Ridge: 001-717-783-4429

Generalstaatsanwältin Lynn Abrahm: 215-686-8024

Bundesjustizministerin der USA: Janet Reno: 001-212-514-4371

Impulsreferat

Wider die Gleichsetzung von "Rechts-extremismus" und "Linksextremismus"

Manfred Weißbecker

1.) Die politische Verwendung der Begriffe *Mitte*, *Rechte*, *Linke* kam im 19. Jahrhundert auf. Sie spiegelte zunächst die "Gesäß-Geographie" in den Parlamenten wider, allerdings entsprach sie auch den drei politisch-ideologischen Grundströmungen (Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus), die in der bürgerlichen Gesellschaft existierten. Deren weitere Entwicklung war vor allem durch innere Differenzierung und Aufspaltung (z.B. in mehrere Parteien) sowie durch Verselbständigung einzelner Bestandteile zu neuen Strömungen (u. a. Faschismus, Kommunismus) charakterisiert.

Parteien, Medien, Wissenschaftler usw., die sich gegenwärtig der politischen "Mitte" zurechnen, erheben diese in der Regel zum Maßstab aller Politik und einer bipolaren Theorie, welche sich nahezu ausschließlich am Gegensatz von Demokratie und Diktatur orientiert. Unterschiedslos bewerten sie - vor allem in Wahlkampfzeiten - andere Parteien und Bewegungen als "Antithese des demokratischen Verfassungsstaates" (Uwe Backes, Eckard Jesse) oder beschimpfen sie als "Rattenfänger von links und rechts", die nur darauf warten würden, "aus Zukunftsängsten und Hoffnungslosigkeit Profit zu schlagen" (Roman Herzog). Nach solchem Verständnis gilt als *Extremist*, wer - tatsächlich oder vermeintlich - andere Prinzipien anstrebt, als sie in der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ festgeschrieben worden sind. Die allgemeinste und zugleich widersinnigste Definition des *Extremismus* besagt, dieser sei "eine gegen die Wertvorstellungen einer Gemeinschaft von Menschen gerichtete Verhaltensweise." (Hans Günther Merk)

Insbesondere die Verfechter der Totalitarismustheorie, auf die sich heutige Extremismus- und Terrorismustheoretiker stützen, setzen - ungeachtet programmatischer und kausaler Unterschiede - Faschismus und Kommunismus gleich. Sie betrachten „braun“ und „rot“ bzw. „rechtsextrem“ und „linksextrem“ als gleichermaßen abzulehnende Phänomene. Auf dieser Grundlage fordern sie einen sogenannten antitotalitären Konsens, diesen zu einem identitätsstiftenden "Geßler-Hut" erhebend, vor dem jeder seinen tiefen Bückling zu machen hat, will er in Deutschland sozusagen offiziell als Demokrat anerkannt sein.

2.) Obgleich viele dieser Begriffe einleuchtend klingen, voller Realitätsgehalt zu sein scheinen und sich ihre innere Logik eingängig mit politischer Moral zu verbinden vermag, hält die totalitarismustheoretische Gleichsetzung von *Extremismen* linker oder rechter Spielart wissenschaftlichen Kriterien nicht stand. Zu fragen ist daher:

- Inwieweit spiegelt der Begriff *Totalitarismus* Realität wider oder haben wir es mit einem die Realität mystifizierenden Phantom zu tun?
- Ist die Verwendung des Totalitarismusbegriffs für eine Theorie von klassen- und systemübergreifender Herrschaftsmethodik akzeptabel oder wegen der Unterschiede in den sozialökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen vergleichbarer, aber nicht gleichzusetzender Herrschaftssysteme gänzlich unbrauchbar?
- Handelt es sich um eine wissenschaftliche Theorie oder lediglich um Ideologie, die allein politischen Zwecken dient?
- Welche politische Funktion erfüllt die Gleichsetzung unterschiedlicher *Extremismen*?

3.) Die Auseinandersetzung mit Totalitarismustheorien und falschen Antworten auf solche Fragen fällt Antifaschisten und Antirassisten häufig schwer, man mag Defizite bedauern, darf

sich aber nicht über sie hinwegtäuschen wollen. Die Gewöhnung an solche Begriffe und die ihnen zugrundeliegenden politischen Denkstrukturen hat im Alltagsbewußtsein ein erhebliches Ausmaß erreicht. Jeder Kampf gegen rassistische und neonazistische Bestrebungen erfährt dadurch gravierende Beeinträchtigung und Behinderung.

Gegen diese kann insbesondere ein Blick in die facettenreiche Geschichte der Lehre vom *Totalitarismus* hilfreich sein, obgleich durch ihn die notwendige Analyse heutiger Verhältnisse und ihrer Zukunftsgefährdungen keineswegs ersetzt werden darf.

4.) Die Herausbildung jener Erscheinungen, die mit dem Begriff *totalitär* erfaßt werden, erfolgte nach dem Ersten Weltkrieg. Dessen Ursachen und Folgen wurzelten in den damaligen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen. Er stellte ihr Ergebnis dar und geriet zum Ausgangspunkt aller Barbarisierungs-, und Enthumanisierungstendenzen des 20. Jahrhunderts. Die bürgerliche Gesellschaft erwies sich als unfähig, die in ihr bestehenden sozialen Probleme einigermaßen gerecht und human zu lösen. Sie zeigte sich darüber hinaus auch gar nicht willens, friedliche und gerechte Lösungen internationaler Gegensätze zu praktizieren. Nicht zuletzt auf der Grundlage des militärtechnischen Fortschritts und der Massenmobilisierung für eine "moderne" Kriegsführung stürzte die Menschheit in eine tiefe Krise. Zunehmend militariserte und brutalisierte sich auch das "zivile" Leben der Gesellschaft. Die der kapital- und konkurrenzdominierten Gesellschaft ohnehin wesenseigene Gewalt wuchs sich zu einem letztlich entscheidend betrachteten Mittel aller innen- und außerpolitischen Konfliktlösungen aus. So geriet das 20. Jahrhundert zu einem Säkulum der "Extreme" (Eric Hobsbawm).

5.) Der Erste Weltkrieg stellte ebenso den Ausgangspunkt von Versuchen dar, den bestehenden Verhältnissen entgegenzuwirken und im Sinne traditioneller humanistisch-utopischer Ideen eine menschlichere Gesellschaft auf nichtkapitalistischer Grundlage zu schaffen. Diesen Bestrebungen standen die Versuche zur Sicherung und Fortentwicklung kapitalistischer Herrschaftssysteme von Anfang an diametral gegenüber, und dies sowohl in ihren Ursachen als auch in ihren Zielsetzungen. Dennoch stimmten manche Formen und Methoden der Machtausübung überein: Zum einen waren offensichtlich alle politischen und geistigen Strömungen ihrer „Zeit“ verhaftet, zum anderen gibt es zu allen Zeiten allgemeine, systemübergreifende Erscheinungen im Verhältnis von Herrschenden und Beherrschten, von „oben“ und „unten“.

6.) Der Begriff *totaler Staat* tauchte erstmalig nach Mussolinis "Marsch auf Rom" auf. Vor allem Liberale (Giovanni Amendola, Piero Gobetti, Francesco Nitti), aber auch Kommunisten (Antonio Gramsci, Filippo Turati) machten so auf die Tatsache aufmerksam, daß der Faschismus eine neuartige gesellschaftliche Erscheinung darstellt, die nicht mit alten monarchistischen, oligarchischen oder despotischen Verhältnissen vergleichbar ist. Dabei hatten sie insbesondere jene Radikalisierung der Gewalt im Auge, mit deren Hilfe die Organisationen der Arbeiterbewegung vollständig beseitigt werden sollten, ferner die Tatsache, daß sich die neue Strömung im Inneren gegen die bürgerlich-parlamentarische Demokratie wandte und nach außen neuen, chauvinistisch und völkisch-rassistisch rechtfertigten Großmacht- und Expansions-Bestrebungen huldigte.

7.) Theoretiker des italienischen Faschismus übernahmen den Begriff und entwickelten aus ihm ihr eigenes Konzept totalitärer Politik und Herrschaft: „Wenn die Gegner uns sagen, wir seien totalitär, Dominikaner, unversöhnlich, tyrannisch, dann erschreckt vor diesen Adjektiven nicht. Akzeptiert sie mit Ehre und Stolz ... Jawohl, wir sind totalitär! Wir wollen es sein vom Morgen bis zum Abend, ohne abweichende Gedanken.“ Mussolini schrieb 1932: "Für den Faschisten ist alles im Staate, und nichts menschliches oder Geistiges besteht außerhalb des Staates. In diesem Zusammenhang ist der Faschismus totalitär und der faschistische Staat

... ist Wille zur Macht und zur Herrschaft. Die römische Tradition ist hierbei eine Idee der Stärke. In der Doktrin des Faschismus ist das Imperium nicht nur gebietsmäßiger, militärischer oder merkantiler Ausdruck, sondern geistiger und moralischer."

8.) Im deutschen Faschismus, der sich selbst als Nationalsozialismus bezeichnete, ist gleiches Gedankengut erkennbar. Für sein totalitäres Konzept lassen sich drei weitere Quellen benennen:

- die Ideologie der NSDAP, die in dieser Hinsicht direkt an die des italienischen Faschismus anknüpfte und ihr Expansionsstreben („Reich aller Deutschen", "Lebensraum“) mit einem aggressiven Rassismus sondergleichen (gerichtet gegen "Nicht-Deutsche“) koppelte;
- die Bemühungen konservativer Staatsideologen, den parlamentarisch verfaßten Regierungssystemen neue Modelle entgegenzusetzen. Zu ihnen gehörten in Deutschland Carl Schmitt, der erstmalig 1931 von der Notwendigkeit eines „totalen Staates" sprach, Ernst Forsthoff, Ernst Rudolf Huber u. a. m.;
- die Versuche der Militärs des 1918 geschlagenen deutschen Heeres, ihre Niederlage damit zu erklären, daß es leider keine „totale" Kriegsführung, keinen Einsatz aller Ressourcen, kein erforderliches Zusammenspiel von äußerer und innerer Front, keinen ausreichenden Kampf gegen die Arbeiterbewegung gegeben habe. An seinem Buch "Totaler Krieg", das 1935 erschien, arbeitete Ludendorff seit 1922. Ihm ging es um eine Überwindung der Kriegstheorie von Clausewitz, um eine Umkehrung des Verhältnisses von Politik und Kriegsführung. Letzterer müsse der absolute Primat zuerkannt werden. Sein Buch gipfelte in der These, daß die Menschheit mit dem Ersten Weltkrieg in die Epoche des „totalen Krieges" eingetreten sei.

9.) Von Anfang verglichen Kritiker des Faschismus diesen mit dem bolschewistischen Machtmechanismus in der UdSSR. Als wichtigste Gemeinsamkeit erschien Ihnen die Ablehnung liberaler Freiheitsvorstellungen durch beide Systeme, die Anwendung von Terror und die Ausschaltung politischer Gegner. Allerdings bestritten sie weder Notwendigkeit noch Legitimität der russischen Oktoberrevolution. Sie gingen von den spezifischen Entwicklungen innerhalb der miteinander verglichenen, jedoch keineswegs gleichgesetzten Regimes aus. Sie betonten die Existenz erheblicher Unterschiede, die sowohl in den jeweiligen Erscheinungsformen als auch in den Ursachen und Zielsetzungen gesehen wurden. Einige sprachen von "Berührungspunkten", die es im Kampf beider Systeme gegen den Liberalismus und dessen Freiheitsprinzipien geben werde. Andere leiteten die an der UdSSR zu kritisierenden Erscheinungen aus ökonomischen Notwendigkeiten ab, unter deren Druck aus der ursprünglichen Diktatur des Proletariats die Diktatur einer über den Klassen stehenden Kaste geworden sei. Häufig wurde im Kommunismus eine soziale Bewegung, im Faschismus ein Herrschaftsprinzip gesehen.

Zu Unrecht werden solche Auffassungen in der heutigen theoriegeschichtlichen Literatur völlig verdrängt. Ebenso wird übersehen, daß in der sogenannten "Renegaten"-Literatur (Buber-Neumann, Koestler, Leonhardt u. a.) die antistalinistischen Positionen eng mit antifaschistischen und vielfach auch mit prosozialistischen Grundhaltungen verbunden waren.

11.) Die Verarbeitung totalitärer faschistischer Erscheinungen sowie der Vergleich mit dem Stalinismus zu einer Theorie setzten in den 30er Jahren ein. Diese verband sich sofort mit politischer Instrumentalisierung, und zwar bezeichnenderweise je nach Situation und Erfordernis. Das läßt sich z. B. an den politikwissenschaftlichen Konferenzen belegen, die 1935 und 1939 in den USA stattfanden und maßgeblich zur Entwicklung der Totalitarismustheorie beitrugen. Ihre Teilnehmer gelangten zu differenzierten Urteilen und warfen zudem berechnete Fragen nach generellen Wurzeln des *Totalitarismus* in allen Gesellschaften - auch in demokratisch verfaßten - auf. Während des gegen Hitlerdeutschland geführten Krieges spielte die

Totalitarismustheorie in den westlichen Ländern keine Rolle. Ihre erste Blütezeit erlebte sie mit dem beginnenden Kalten Krieg. Doch selbst hier sind noch antifaschistische Aspekte spürbar. Das bedeutsame Buch von Hannah Arendt „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“, (1951) kann primär als Versuch gesehen werden, Rassismus und Holocaust zu erklären. Da es im Verlauf mererer Jahre entstand, lassen sich in ihm Radikalisierung und Entdifferenzierung erkennen, die der bipolaren Konfrontation im Kalten Krieg geschuldet waren. Schließlich dominierten ein schlichtes Bild-Gegenbild-Produkt, ein starres Schwarz-weiß-Bild und ein apodiktisches Freund-Feind-Schema, das sechs Merkmalsgruppen umfaßte: Ideologie mit Ausschließlichkeitsanspruch, monolithischer Machtapparat, Massenmobilisierung durch eine Einheitspartei, Propaganda- und Kommunikationsmonopol, politischer Terror und Zentralverwaltungswirtschaft (Zbigniew K, Brzezinski, Carl J. Friedrich).

12.) Bereits in den 60er Jahren setzten ernsthafte Zweifel am Realitätsgehalt der Totalitarismustheorie ein. Die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus wurde mehr und mehr relativiert oder direkt abgelehnt. Dies geschah in einer Zeit, in der

- es erste Entstalinisierungsversuche in den realsozialistischen Ländern gab („Taufwetter-Phase in der UdSSR nach dem XX. Parteitag, Streben nach einem "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" in der CSSR 1968),
- erste Tendenzen zu einer Entspannung zwischen den beiden Weltsystemen spürbar wurden, angesichts des barbarischen USA-Krieges gegen Vietnam eine Desillusionierung unter der Bevölkerung westlicher Länder wuchs,
- neue Untersuchungen zur Geschichte des Faschismus feststellten, daß es unter seiner Herrschaft weder ein Wirtschaftsmonopol des Staates noch einen monolithen Block der Herrschenden gegeben habe,
- neue Faschismustheorien debattiert wurden und
- ein Neuansatz in den soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschungen über den Kommunismus gesucht wurde, der z. B. dazu führte, daß die DDR nur noch als System eines "konsultativen Autoritarismus" bezeichnet wurde und sich zu einem autoritären Staat zurückentwickelt habe (Peter Christian Ludz).

13.) Dem begegnete seit dem Beginn der 80er Jahre eine Welle konservativer Wiederbelebungsversuche und gleichzeitiger Radikalisierung der Totalitarismustheorie. Ernst Nolte konstruierte einen kausalen Zusammenhang zwischen "Rassenmord" und "Klassenmord", was einer Rechtfertigung des Faschismus als verständlicher Reaktion auf den Bolschismus gleichkam, und löste damit den bekannten „Historiker-Streit“ aus. Der Totalitarismusbegriff wurde zudem mehr und mehr auf Erscheinungen von *Terrorismus* und *Extremismus* angewandt. Wolfgang Wippermann spricht von seiner Einengung und inhaltlichen Entleerung sowie von der Konstruktion eines Phänomens *Extremismus*, das es real nicht gibt und ausschließlich politischen Zwecken dient, u. a. der willkürlichen Ausgrenzung und Difamierung von Gegnern.

14.) Heutzutage kann von einer Renaissance der Totalitarismustheorie bzw. von einer Neo-Totalitarismustheorie, auf jeden Fall aber von einer endgültigen Desavouierung aller antifaschistischen Elemente sowie von einer letztlich den Rechtsextremismus fördernden Vereinseitigung gesprochen werden. Unter dem irreführenden Diktum vom "Diktaturenvergleich" wird auf einer Folie des Schreckensbildes *Extremismus* das vermeintliche Selbstbild des Westens entwickelt. Zugleich nehmen Verharmlosung und Relativierung des Faschismus zu (siehe "Schwarzbuch des Kommunismus").

Diejenigen, die heute Rechtsextremismus und Linksextremismus gleichsetzen, betreiben Etikettenschwindel und verwenden Totschlag-Argumente, welche letztlich selbst totalitäre Ausschließlichkeit beanspruchen. Sie blenden alle Schwächen der bestehenden Gesellschaft aus,

die u. a. mit dem "Terror der Ökonomie", mit der alltäglichen Gewalt in den Arbeitsverhältnissen, in den Geschlechterbeziehungen, in der Sprache usw. gegeben sind. Totalitarismus- und Extremismustheorien können nur als willkürliche, reduktionistische und an der Wirklichkeit nicht zu verifizierende Pseudowissenschaft bezeichnet werden. Sie dienen als Rechtfertigungsgrundlage für die Delegitimierung des Antifaschismus als „verordnet“ und "stalinistisch" sowie für die Auseinandersetzung mit jenen Kräften in der BRD, die vor der Wende von 1989/90 für einen „Wandel durch Annäherung“ und für eine kooperative Partnerschaft zwischen beiden deutschen Staaten eingetreten sind. Letztlich ermöglichen sie auch eine weitere verhängnisvolle Gewöhnung an erneutes Denken in den Kategorien des Krieges.

15.) Geschichtliche Erfahrungen belegen,

- Wer *Rechtsextremismus* und *Linksextremismus* zu gleichartigen Phänomenen erklärt (Eckhard Jesse) oder gar ersteren mit letzterem rechtfertigt (Ernst Nolte), diffamiert Antifaschisten und Antirassisten als undemokratisch und erschwert die Schaffung eines breiten Bündnisses gegen jeglichen Rechtsdrall der deutschen Gesellschaft.
- Wer einen "Abschied vom Antifaschismus" fordert (Bernd Wittich) oder im Antifaschismus ein "Hindernis für eine humane und demokratische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" sieht (Kurt Faller), bewirkt eine Erweiterung des Spielraumes rechtsextremer Kräfte.
- Wer meint, daß diejenigen, die mit Linksextremen paktieren würden, den Rechtsextremismus auf den Plan riefen (so z. B. Pfarrer Hintze vor den Bundestagswahlen vom 27. September 1998, als er sich gegen die Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt und auch gegen die Initiatoren und Verfechter der "Erfurter Erklärung" wandte), verdunkelt und vertuscht die realen Wurzeln neuer Zukunftsgefährdungen.
- Wer seine Gegner hauptsächlich in den Linken sieht, stärkt die Rechten, erleichtert eine Entwicklung nach rechts und stärkt die ohnehin schon vorhandenen großen (und nicht zu unterschätzenden) Potentiale des Rechtsextremismus.
- Wer den rechtsextremen Demagogen nach dem Munde redet, besorgt deren undemokratische und antifaschistische Geschäfte.

16.) Die deutschen Linken sollten sich intensiver als bislang mit totalitarismustheoretischen Positionen der Gleichsetzung von rechtsextrem und linksextrem auseinandersetzen. Erforderlich ist jedoch zugleich ihre Debatte um eine überzeugende Demokratietheorie, die sich nicht ausschließlich am dämonisierten Gegenbild des westlichen Parlamentarismus und Pluralismus, sondern gleichermaßen an den Stärken und den Defiziten bestehender demokratischer Systeme orientiert.

Arbeitsgruppe 1

Extreme Rechte auf dem Vormarsch?

Volkmar Wölk

Thesen zur Umbruchkrise der extremen Rechten in Deutschland.

1. Die extreme Rechte in Deutschland erweist sich am Übergang zum nächsten Jahrtausend als zutiefst gespalten. Die gilt sowohl für den Bereich der Organisation als auch für alle Ebenen der Ideologie, die strategischen Optionen, Wirtschaftsmodelle und die Kultur. Diese zumindest mittelfristig nicht zu überwindenden Differenzen sind ein wesentlicher Faktor für die Mißerfolge bei Wahlen und der Mitgliedergewinnung, da die psychologische Struktur der durchschnittlichen potentiellen WählerInnen der Parteien der extremen Rechten Klarheit, Zielgerichtetheit, einheitlichen Willen und Geschlossenheit erfordert.
2. Daß 1989 ff. nicht unbedingt „Zusammengewachsen ist, was zusammengehört“, findet seinen Niederschlag auch in einer zusätzlichen, besonders für die Entwicklung von Gegenstrategien relevanten und ungleichgewichtigen Zuwachsrates des AktivistInnen- und WählerInnenpotentials und einer abweichenden Dominanz der Parteien der extremen Rechten zwischen Ost- und Westdeutschland.
3. Als weiterer Negativfaktor macht sich das Fehlen einer charismatischen Führerpersönlichkeit bemerkbar. Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern (Le Pen, Haider, Fini) gibt es in der Bundesrepublik keinen Parteivorsitzenden des Lagers, der in der Lage wäre, die teilweise sogar gegensätzlichen Strömungen zu versöhnen und evtl. sogar zu bündeln.
Franz Schönhuber, der in der Vergangenheit die größte Publikumswirkung verzeichnen konnte, ist dazu durch seinen Wechsel von den Reps zur DVU nur noch eingeschränkt in der Lage, da er jetzt bei einem Teil des Lagers als Renegat gilt.
4. Nach dem Wegfall des früheren Hauptthemas, der Deutschen Einheit, ist es keiner der Wahlparteien der extremen Rechten gelungen, einen vergleichbaren, zugkräftigen inhaltlichen Ersatz zu finden. Der frühere „Renner“ die sog. Ausländerfrage, hat ebenfalls an Zugkraft verloren, damit dem „Asylkompromiß“ der damaligen Bundesregierung und der Hauptkraft der parlamentarischen Opposition die Programmatik der extremen Rechten zum Teil sogar überholt wurde.
5. Themen, die dazu potentiell geeignet gewesen wären - wie der Euro -, da über Parteigrenzen hinweg in der Bevölkerung eine überwiegende Ablehnung bestand und besteht, wurden schlicht verschlafen und in ihrer Sprengkraft nicht erkannt. Ein-Punkt-Organisationen, wie die „Initiative Pro DM“ des Multimillionärs Bolko Hoffmann, wurden zu spät ins Leben gerufen, um daran noch etwas grundsätzlich ändern zu können. Der Zug war bereits abgefahren.
6. Zwar wird bereits seit Jahren in der extremen Rechten darüber geredet, daß die soziale Frage incl. der Massenarbeitslosigkeit, mittelfristig das beherrschende Thema sein wird, doch wurden aus dieser Erkenntnis keine Konsequenzen gezogen. Wirtschafts- und sozialpolitisch wird keiner der Parteien der extremen Rechten in der Bevölkerung Kompetenz zugewiesen. Erst in letzter Zeit versuchen zumindest die NPD und der Bund freier Bürger - mit gegensätzlichen Grundpositionen - konzeptionelle Entwürfe zu erarbeiten und damit zu arbeiten. Eine einheitliche Aussage steht auch zukünftig keinesfalls zu erwarten, da die beiden idealtypischen Entwürfe - Neoliberalismus einerseits, völkischer Antikapitalismus andererseits - miteinander nicht zu vereinbaren sind.

7. Trotz der benannten Mängel sind Wahlerfolge auch künftig nicht auszuschließen. War in früheren Zeiten die Konkurrenz ein Garant für den Mißerfolg, können heute Erfolge trotzdem erzielt werden. Grund dafür ist nicht ein zahlenmäßig gestiegenes Potential, sondern die bevorzugte Berücksichtigung der Erfolgsaussichten als Kriterium gegenüber der früheren programmatischen Orientierung.
Zugespielt könnte man davon sprechen, daß die Erfolgsaussichten derzeit um so höher sind, desto unbestimmter und fragmentarischer die Programmatik ist. Notwendig ist lediglich, daß die Basisideologema - völkischer Nationalismus, Rassismus und tendenziell antikapitalistische, populistische Anrufung des „kleinen Mannes“ bei gleichzeitiger Betonung von „Leitung“ - deutlich genug herausgestellt werden, um den Stallgeruch zu garantieren.
8. Wenn trotz der oben dargestellten lagerinternen Mängel der extremen Rechten von einer gestiegenen Gefahr durch diese ausgegangen werden muß, dann ist eine *Ursache* auch dafür in der Politik der etablierten Parteien zu suchen, die sich programmatisch so stark angenähert haben, daß sie oftmals nur als die verschiedenen Flügel einer informellen Einheitspartei erscheinen. Da sich *alle* Flügel dieser Einheitspartei in diesem Prozeß deutlich nach rechts bewegen, verschiebt sich das gesamtpolitische Klima, resignieren zunehmend widerständige Kräfte und werden die Grenzen zur extremen Rechten verschwimmend. Es bildet sich tendenziell ein „rechter Konsens“ heraus.
Von dieser Kritik ist auch die PDS nicht ausgenommen, auch wenn sich dieses Phänomen bei ihr auf andere Weise gestaltet.
9. Jenseits von Ideologie und Organisationen entwickelt sich der Rechtsextremismus in nicht unerheblichen Teilen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu einer Art „Lifestylesyndrom“, zu einer Angelegenheit von „Stil“ und „Kultur“, zu einem umfassenden Lebensentwurf, der prägend auf alle Bereiche des Alltagslebens wirkt. Parallel zu dieser Tendenz und sie gleichzeitig verstärkend, gibt es eine Kultur der Militanz, die sich für die Betroffenen lebensbedrohend auswirkt, ein Klima, das Angst erzeugt, und Widerstandskräfte vermindert und lähmt.
Auch dieser - besonders in Ostdeutschland - verbreitete „Kult der Gewalt“ wird auf der lokalen Ebene durch die etablierten politischen Kräfte, die Medien und breite Teile der Bevölkerung verharmlost oder sogar geleugnet, da man Imageverluste befürchtet bzw. im Einzelfall auch eingestanden die unter 7. angeführten Basisideologema geteilt werden.
10. Zwar gibt es in Deutschland keine intellektuelle extreme Rechte, die - vergleichbar mit der „neuen“ Rechten in Frankreich, Italien, Rußland und Belgien - den Wahlparteien programmatische Impulse verleihen könnte, da die Deutschen in diesem Lager europaweit die dämlichste Rechte für sich reklamieren können, doch ist in den vergangenen Jahren z.B. bei den Burschenschaften ein deutlicher Radikalisierungsprozeß zu beobachten, der den Parteien Nachwuchskader und Impulse verleihen wird. Daneben vollzieht sich mit der Herausbildung von noch embryonalen Organisationen der „neuen“ Rechten (Synagon, Freie Deutsche Sommeruniversität, Wiederbelebung des Kreises um „Wir selbst“) eine Rückbesinnung auf die Nationalrevolutionäre und -bolschewistische Ideologie der Zwischenkriegszeit.
Resultat ist die Entwicklung mittel- und langfristiger Konzepte, die - mit einem völkischen Antikapitalismus und der Orientierung auf ein europäisches Reich als Basis - auf eine „Überwindung der Links/Rechts-Dichotomie“ feile.
Erleichtert wird dieses Ansatz durch Überläufer aus der linken und der früheren Alternativszene sowie durch die politische Sozialisation beider Teile der Bevölkerung der ehemaligen DDR.
11. Je weniger links die Linke ist, desto rechter wird die Rechte.

Arbeitsgruppe 2

Staatsfixiert oder zivilcouragiert?

Anforderungen an antirassistische und antifaschistische Kommunalpolitik

**Frank Kuschel, Kommunalpolitisches Forum der PDS;
DAKT e.V. (angefragt); Moderation: Jürgen Spilling, Hans-Jochen Peters**

Ist eine Kommunalpolitik gegen Rechts überhaupt möglich? Die Grenzen solch einer Politik sind gegeben durch die Einflüsse der Landes- und Bundespolitik. Entgegen der gängigen Praxis haben die Kommunen jedoch Möglichkeiten. Sie müssen sie nur nutzen wollen. Und vor allem akzeptieren, daß Rechtsextremismus *kein Jugendproblem* ist und Maßnahmen sich an alle BürgerInnen wenden müssen.

Die propagandistischen Ansatzpunkte der Rechtsextremisten liegen im latent vorhandenen Rassismus, der überhaupt erst möglich macht, daß Menschen bereit sind, rechtsextreme Lösungen wie "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche", "Ausländer raus", "Ausländer sind kriminell" usw., zu akzeptieren. Ohne eine rassistische Grundorientierung würde das Hauptargument der Faschisten, daß die Ausländer schuld an der Arbeitslosigkeit und am Sozialabbau seien, schnell als entlarvt, was sie sind, nämlich dumm und rassistisch. Die Mehrheit der Politik hat zur Zeit dem nichts entgegen zu setzen, weil sie selbst z.B. eine Ausländer- und Asylpolitik betreibt, die einer ähnlichen Logik folgt.

Die Ablehnung anderer Lebens- und Sichtweisen - die Glorifizierung des Normalen. Auch hier trifft sich rechtsextremes Gedankengut mit dem des sog. Normalbürgers. Der Unterschied liegt häufig nur in der Extremität der Ausdrücke und vor allem in Handlungen. Die Bezeichnung des Punks als "Zecke" oder die Ablehnung des Linken, "lieber tot als rot", wird vielen BürgerInnen zuwider sein, insgeheim werden diese Haltungen aber geteilt.

Der dritte Ansatzpunkt ist die "Sehnsucht" vieler Menschen nach Ruhe und Ordnung und der starken Hand zur Durchsetzung. Die Grundlage dafür ist ein mangelndes Demokratieverständnis.

Angeichts der Tatsache, daß insbesondere 13 - 14jährige für rechtsextreme Ideologie anfällig sind, kommt der Meinungsbildung und Erziehung im Elternhaus große Bedeutung zu.

Schule und Bildung

Das Thema Gewalt und Rassismus wird außerhalb der Schulen thematisiert, auf den Schulhöfen praktiziert, im Unterricht aber bleibt in der Regel das Thema ausgespart oder wird in einer Art vermittelt, die an den Köpfen und Herzen der Jugendlichen vorbeigeht.

Es gilt daher institutionelle und inhaltliche Bedingungen zu schaffen, die die LehrerInnen motivieren und in die Lage versetzen antirassistischen Unterricht zu gestalten.

- Durchführung von Aufklärungskampagnen während des Unterrichtes - Einrichtung entsprechender Arbeitskreise unterstützt durch das Kultusministerium unter Einbeziehung von Jugendverbänden, LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern, mit dem Ziel, daß Arbeitshilfen geschaffen bzw. genutzt werden zur Durchführung antirassistischer Unterrichtseinheiten.
- ErziehungsberaterInnen für Eltern und LehrerInnen; insbesondere in Wohngebieten mit rechter Dominanz

Medien

Trotz der Initiative einiger Medien gegen Rassismus, gilt nach wie vor, daß ihre Berichterstattung in der Regel gewaltverherrlichend und rassistischfördernd sind. In den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist von den politischen Gremien darauf Einfluß zu nehmen, daß die Berichterstattung über AusländerInnen und AsylbewerberInnen objektiviert wird. Es muß ein Tabukatalog über Begriffe (Rassismus in der Sprache) geschaffen werden, die nicht verwendet werden dürfen (.. Asylantenschwemme, Ausländerproblem usw...). Für die privaten Sender und Printmedien sind zumindest entsprechende politische Maßnahmen zu ergreifen.

Wohnen - Kultur - Kommune

Die Stadtverordneten der Stadt beschließen ein antirassistisches Programm, in dem die folgenden Vorschläge zu berücksichtigen sind: Die Stadt richtet unter Einbeziehung der lokalen antifaschistischen und antirassistischen Initiativen einen Ausschuß ein, der u.a. die Aufgabe hat, dieses Programm umzusetzen und weitere Initiativen voranzutreiben und zu koordinieren. Die kommunalen Maßnahmen dienen der Ergänzung bzw. Unterstützung der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit der verschiedenen Initiativen und Organisationen.

Ziel 1: Es sind solche Verhältnisse zu schaffen, die den sozialen und politischen Ursachen des Neofaschismus und Rassismus entgegenwirken.

Maßnahmen zum 1. Ziel

Soziale Ausgrenzungen und Benachteiligungen stoppen!

a) Durch ein unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der Arbeitsloseninitiativen konzipiertes kommunales umweltverträgliches Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm, entsprechend dem Verursacherprinzip finanziert durch eine auf die verschiedenen Unternehmer umgelegte Abgabe (Umlagenfinanzierung), muß der Arbeitslosigkeit insbesondere benachteiligter Gruppen, wie Jugendliche, Frauen und AusländerInnen, entgegengewirkt werden.

Der Stadt obliegt die Aufgabe, auch in ihrem Bereich verstärkt Ausbildungs- und unbefristete Arbeitsplätze zu schaffen (u.a. durch die Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen).

b) In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt, der Volkshochschule und den Gewerkschaften sind verstärkt zukunftsorientierte Berufsbildungsmaßnahmen ohne finanzielle Belastung der TeilnehmerInnen anzubieten.

c) Die Tarife und Gebühren öffentlicher Leistungen müssen vorrangig nach sozialen Gesichtspunkten gestaltet werden (z.B. Arbeitslosen-Paß, Frauennachttaxi). Die organisatorische Umsetzung hat in der Weise zu erfolgen, daß keine Diskriminierung der InanspruchnehmerInnen erfolgt.

Demokratische und nichtassistische Meinungsbildung fördern!

c) Die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit müssen personell und materiell gestärkt werden. Dem Stadtjugendring werden jährlich Mittel in Höhe von mindestens 30.000,- DM zur Verfügung gestellt, die verwendet für Nichtassistische Jugend- und Kulturarbeit werden müssen, um

- vor allem selbsttätige Kulturinitiativen von Jugendlichen zu fördern (Rock-, Theatergruppen u.a.).
- entsprechende Veranstaltungen und Projekte zu finanzieren,
- selbstverwaltete Kulturzentren zu unterstützen.

d) Im Auftrag der Stadt wird jährlich ein fortzuschreibender Jugendbericht erarbeitet. Dieser Jugendbericht soll Grundmerkmale der Lage und Probleme der Jugendlichen in der Stadt er-

fassen. Er soll die Ziel- und Zukunftsvorstellungen durch Befragungen und Studien der Jugendlichen ergründen, um darauf aufbauend konkrete Möglichkeiten zur Entfaltung und Entwicklung der Jugendlichen zu schaffen.

Vorurteilen und Rassismus entgegenwirken!

e) Um einer Ausgrenzung der ausländischen BürgerInnen entgegenzuwirken, setzt sich die Stadt mit aller Kraft dafür ein, als ersten Schritt,

- alles zu unternehmen, um das Bild der Landesgemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in der Öffentlichkeit zu verbessern und die Flüchtlinge im städtischen Leben einzubeziehen.
- Die Bewegungsfreiheit der AsylbewerberInnen über die Grenzen der Stadt (Kreis) hinaus zu gestatten.
- Einrichtung einer Gleichbehandlungsstelle für Ausländer/innen auf Landesebene.
- Darüber hinaus werden Maßnahmen eingeleitet, die geeignet sind,
- Ghettobildungen im Wohnbereich zu verhindern und die Einzelunterbringung von Flüchtlingen ermöglichen,
- soziale Kommunikation zwischen deutschen und ausländischen EinwohnerInnen zu fördern, wie z.B. BürgerInnenversammlungen, -feste usw..
- Förderung der ausländischen Kulturvereine
- Einrichtung einer AusländerInnenberatungsstelle
- Erstellung eines Sozialatlas (mehrsprachig)
- Einstellung von Übersetzern bei den Sozialämtern

Ziel 2: Der Neofaschismus und Rassismus zwingt zur Aufklärung und Auseinandersetzung.

Maßnahmen zum 2. Ziel

a) Die Stadt errichtet möglichst gemeinsam mit dem Landkreis eine Stelle, die sich mit den Ursachen, Problemen und Erscheinungsformen von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Neo/faschismus befaßt. Die dort Beschäftigten sollten schwerpunktmäßig im Bereich der Sozialpolitik, Bildungsarbeit und Politikvorbereitung bzw. -beratung arbeiten.

Aufgaben:

- Beratung der Kommunen bei der Erarbeitung antifaschistischer/antirassistischer Konzepte
- Aufklärung über den Rassismus und Neofaschismus und dessen Ursachen im außerschulischen Bereich
- Erarbeitung antirassistischer Konzeptionen u.a. für Jugendeinrichtungen, Schulen und Streetworker
- Überprüfung des Angebotes der Kaufhäuser und anderer Geschäfte mit dem Ziel, daß keine rassistischen bzw. faschistischen Publikationen, wie z.B. Videos, PC-Spiele, Zeitschriften usw., verkauft werden.
- Beratung betroffener BürgerInnen und Eltern

b) Die Stadt setzt sich dafür ein, beim Thüringischen und Deutschen Städtetag einen Ausschuß zur Bekämpfung des Rassismus und Neofaschismus unter Beteiligung antirassistischer Initiativen und Organisationen (z.B. Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Bund der Antifaschisten) zu bilden.

c) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, daß eine Liste aller am Ort arbeitenden neofaschistischen Organisationen und die Charakterisierung ihrer Aktivitäten erarbeitet und veröffentlicht wird. Auf der Grundlage dieser Informationen beschließt die Stadtverordnetenversammlung, daß den genannten Organisationen städtische Räume, Einrichtungen, Straßen und Plätze nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen. Es wird auf die Gaststättenbesitzer eingewirkt, dies ebenfalls zu unterlassen. Der Magistrat wendet sich damit auch an den Deutschen Städtetag, um dort eine entsprechende Entschließung zu erwirken.

d) Die Vermietung öffentlicher Werbeflächen an neofaschistische Organisationen ist zu untersagen.

- Die Stadt wirkt bei der Deutschen Städtereklame darauf hin, eine kommerzielle Nutzung solcher Werbeflächen durch Neofaschisten auszuschließen.
- Der Wahlausschuß wird aufgefordert, den neofaschistischen Parteien öffentliche Wahlwerbung/-plakatierung mit rassistischen und nationalistischen zu untersagen.

e) Die Stadt beauftragt ihre Behörden, aufmerksam neo/faschistische, ausländerfeindliche und rassistische Aktivitäten zu beobachten und schöpft alle gesetzlichen Möglichkeiten aus, diese Aktivitäten zu unterbinden.

f) Beim Jugendamt der Stadt wird ein Arbeitskreis zur Indizierung neofaschistischer Medien und militaristischer Spielzeuge eingerichtet, der nach gründlicher Analyse und Prüfung seine Anträge auf Indizierung an die zuständige Behörde weiterleitet. Dies wird durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Der Arbeitskreis, an dem interessierte PädagogInnen und Pädagogen, Eltern, SchülerInnen sowie Vertreter und Vertreterinnen antifaschistischer Initiativen teilnehmen, sollte in regelmäßigen Abständen zusammentreffen.

Ziel 3: Die Öffentlichkeit ist auf die Herausforderungen durch den Rassismus und Neofaschismus aufmerksam zu machen und für eine Auseinandersetzung zu sensibilisieren. Zugleich sind die Gefährdeten stärker sozialpädagogisch zu betreuen.

Maßnahmen zum 3. Ziel

a) Neben der Förderung der freien Kulturarbeit sind Rock- und Kulturfeste gegen Neofaschismus und Rassismus, für Völkerverständigung durchzuführen.

b) Von Jugendinitiativen und -einrichtungen getragen, werden in Zusammenarbeit mit örtlichen Initiativen und Kinos Wochen des antifaschistischen und antirassistischen Films durchgeführt, die der finanziellen Förderung der Stadt bedarf.

c) Die Stadt regt an, daß an allen Schulen regelmäßig Projektstage/Projektwochen über den Neo/Faschismus durchgeführt werden. Anzustreben ist ein hohes Maß an Eigenaktivitäten der SchülerInnen. Weiterhin ist das Schulamt aufgefordert, auf die Einhaltung der Richtlinien zur Aufklärung über den Faschismus im Unterricht zu achten und eine Broschüre für die LehrerInnen über die inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Bedingungen für Klassenfahrten zu antifaschistischen Gedenkstätten zu erstellen. Diese Maßnahmen erfolgen unter Einbeziehung aktiver AntifaschistInnen (Zeitzeugen). Die Zeitungen werden aufgefordert, antifaschistische Aktivitäten zu veröffentlichen und Neofaschisten keine Möglichkeiten der Werbung zu bieten.

d) In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen werden Maßnahmen der Lehrer/innen/fortbildung zur Aufklärung über den Neofaschismus angeregt.

e) Der/m Beauftragten zur Bekämpfung des Neofaschismus sind pädagogische Fachkräfte für die antirassistische und -faschistische Aufklärung an Schulen zur Verfügung zu stellen.

f) Vor Wahlen führt die Volkshochschule in Zusammenarbeit u.a. mit den Jugendeinrichtungen Informationsveranstaltungen zu neofaschistischen Parteien und Organisationen bzw. zum Problem Rassismus und Ausländerfeindlichkeit durch.

g) Vor den Wahlen wird ein Infoblatt der Stadt gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit an alle Haushalte verteilt.

h) Das Presseamt und das Archiv der Stadt legt eine Broschüre aller Medien über den Neo/Faschismus vor. Insbesondere werden damit den BürgerInnen Medien über die Geschichte der Stadt bekannt und zugänglich gemacht.

i) In Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt wird eine Tagung unter Einbeziehung der Plattenproduzenten, Redakteure von Musikzeitschriften, Rockmusikern bzw. -musikerinnen

zur Aufklärung über die neofaschistische Subkultur durchgeführt. Ziel dieser Tagung ist es, der neofaschistischen Einflußnahme auf die jugendliche Musikkultur entgegenzuwirken.

- j) Die Stadt stellt zur Betreuung von gefährdeten Jugendlichen mehr Streetworker ein, *die Willens und in der Lage sind*, sich mit rechten Orientierungen auseinanderzusetzen.
- k) In Zusammenarbeit mit den Arbeitsloseninitiativen, Institutionen und Initiativen an den sozialen Brennpunkten, mit Sportvereinen und Fanclubs initiiert das Sportamt sportliche Veranstaltungen (internationale und nationale Fanclub-Begegnungen, Sportwochenenden in Einrichtungen des Deutschen Sport-Bundes, kooperativer Ferien- und Familiensport).
- l) Die Stadt setzt sich bei den Hochschulen dafür ein, daß verstärkt Lehrveranstaltungen über den Neo/Faschismus angeboten und Forschungen darüber aufgenommen bzw. unterstützt werden (möglichst auf die Region bezogen).
- p) Einmal im Jahr wird für SchülerInnen, Jugendgruppen und Initiativen ein antifaschistischer Jugendpreis ausgeschrieben.
- q) Umbenennung von Straßen nach den antifaschistischen Widerstandskämpfern.
- s) Beseitigung bzw. Veränderung der Kriegsdenkmäler in Anti-Kriegs-DENK-Mäler und Mahnmale des unbekanntes Deserteurs.

Ziel 4: Das eigenständige antifaschistische Engagement der Bürgerinnen und Bürger und Initiativen ist anzuregen und zu unterstützen.

Maßnahmen zum 4. Ziel

- a) Ein Infoblatt oder eine Jugendzeitschrift über die Aktivitäten neofaschistischer Organisationen und demokratische Gegenschritte für die Verteilung an allen Schulen und Jugendeinrichtungen wird gemeinsam mit antirassistischen und -faschistischen Initiativen, Organisationen und dem Jugendring herausgegeben.
- b) Eine erste antifaschistische Stadtkonferenz im Sommer 1998 wird von der/m Beauftragten zur Bekämpfung des Neofaschismus gemeinsam mit antifaschistischen Initiativen und Organisationen durchgeführt und als regelmäßige Einrichtung weiterentwickelt.
- c) Für einen längeren Zeitraum mietet die Stadt Großwerbeflächen, die von Jugendlichen, KünstlerInnen sowie Initiativen gestaltet werden.
- d) Für die Unterstützung antifaschistischer Initiativen und Organisationen wird ein Fonds in Höhe von mindestens 10.000 DM eingerichtet.

Arbeitsgruppe 3

Burschenschaften – Rechtsentwicklung an den Hochschulen

Prof. Ludwig Elm; AK AntiFa/AntiRa – Für internationale Solidarität Eisenach

Burschenschaft ist nicht gleich Burschenschaft und unter den studentischen Verbindungen eine mögliche Form unter vielen.

Politisch konservativ bis rechtsextrem haben studentische Verbindungen aber grundlegende Gemeinsamkeiten. In unterschiedlichsten Ausprägungen herrscht nationationalistisches, militaristisch, sexistisches und elitäres Denken – um nur ein paar Schlagwörter zu nennen.

Wenn im Folgenden von Burschenschaften die Rede ist, so ist die „Deutsche Burschenschaft“ gemeint, mit ca. 18.000 Mitgliedern drittgrößte studentische Verbindung in der BRD und Österreich. An ihr soll exemplarisch die studentische Rechtsentwicklung gezeigt werden:

Das burschenschaftliche Weltbild wurde von Beginn an durch völkisch-nationalistisches Denken geformt. Schon in der Urburschenschaftsbewegung Anfang des 19. Jahrhunderts findet man sowohl aufklärerisch-liberales Denken als auch Elemente völkischer Ideologie. Letztere zeigt sich beispielsweise beim Wartburgfest 1817 als unter anderem ein Buch des jüdischen Schriftstellers Saul Ascher verbrannt wurde. Es wurde mit folgenden Worten in die Flammen geworfen:

„Wehe über die Juden, so da festhalten an ihrem Judenthum und wollen über unser Volksthum und Deutschthum schmähen und spotten!“

Diese Linie setzte sich in der burschenschaftlichen Geschichte fort und radikalisierte sich zeitweise.

Die offenkundige Verstrickung - nicht nur der Burschenschaften - mit dem NS-Regime hatte folgerichtig nach '45 in allen Besatzungszonen zunächst ein Verbot korporativer Betätigung zur Folge, das allerdings in der Regel von den Alten Herren umgangen wurde, so daß sich letztendlich Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre alle Dachverbände und damit auch die „Deutsche Burschenschaft“ nur konstituieren konnten - zumindest in den westlichen Besatzungszonen.

Betrachtet man sich nun die Organisationen und Gruppierungen an den Universitäten, in denen rechtsextremistische und rassistische Positionen vertreten werden, so fällt auf, daß sich hier immer wieder Studenten insbesondere aus den Reihen der „Deutschen Burschenschaft“ betätigt haben. So sammelte beispielsweise die Burschenschaft Germania Halle zu Mainz 1977 Unterschriften für die Freilassung von Rudolf Hess, Burschenschafter waren beteiligt bei der Gründung des rechtsextremen „Rings Freiheitlicher Studenten“ in Köln und des „Republikanischen Hochschulverbands“ (erster Versuch 1989 in München, zweiter 1996 in Marburg), beides Studierendenorganisationen der Republikaner. Die Burschenschaft „Germania Hamburg“ stellte ihr Haus schon des öfteren rechtsextremen Gruppen, z.B. der mittlerweile verbotenen neofaschistischen FAP, als Veranstaltungsort zur Verfügung. Außer-

dem veranstaltet die „Germania“, die in ihrem Semesterprogramm den 3. Oktober als „Tag der kleinstdeutschen Einheit“ bezeichnet, in ihrem Haus ideologische Schulungen, zu denen unter anderem der Auschwitz-Leugner David Irving eingeladen war. Der Vorsitzende der „Republikaner“, Rolf Schlierer ist genauso Mitglied der „Deutschen Burschenschaft“ wie Jörg Haider, Vorsitzender der österreichischen FPÖ. Eine Auflistung aller bisher bekannter „Einzelfälle“, die allerdings den Rahmen sprengen würden, wäre an und für sich schon ein Hinweis auf das Erstarken der extremen Rechten innerhalb des Verbandes und zwar spätestens seit den 80er Jahren. Diese Tendenz zeigt sich jedoch auch in der Programmatik des Gesamtverbandes, was das Entscheidendere ist. Zum Beispiel wurde im aktuellen Handbuch der „Deutschen Burschenschaft“, das Kapitel über die „Grundbegriffe burschenschaftlicher Politik“ (Demokratie gehört im übrigen nicht zu diesen Grundbegriffen) von zwei Repräsentanten der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ geschrieben. Die „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ ist in diesem Zusammenhang das wichtigste Kartell innerhalb der „Deutschen Burschenschaft“. Sie hat eine zentrale Rolle in politisch-ideologischen Fragen, die den Gesamtverband betreffen. Gegründet wurde sie 1961 aus Enttäuschung über die Ablehnung einer Fusion von deutschen und österreichischen Burschenschaften und bestimmt seit ca. 10 Jahren die Diskussionen und Themen innerhalb des Gesamtverbandes entscheidend. Ein wichtiges Ziel der BG war die verbandsinterne Verankerung des „volkstumbezogenen Vaterlandsbegriffes“, um u.a. die Einbeziehung österreichischer Burschenschaften in die DB ideologisch zu legitimieren, was ihr 1971 gelang. Seitdem ist dieser Grundlage des burschenschaftlichen Politikverständnisses. „Volk“ definiert sich nach dem aktuellen Handbuch der DB als

„eine menschliche Gemeinschaft, die durch gleiche Abstammung, gleiches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur und verwandtes Brauchtum, dieselbe Sprache und zusammenhängenden Siedlungsraum verbunden und geprägt ist. Das Volk ist wie die Familie ein natürlicher Zusammenschluß.“ (Abschnitt 8.3.1.)

Eine derartige Definition gilt in der Rechtsextremismusforschung als zentrales Merkmal rechtsextremen Denkens. Gleichzeitig ist damit das Prinzip verbandsoffiziell. Selbst der Hamburger Verfassungsschutz stellt fest:

„Die primär in Kreisen der „Neuen Rechten betriebene Intellektualisierung rechtsextremistischen Gedankengutes ist auch bei einigen Burschenschaften (...) festzustellen, die sich von ihrer Geschichte her als politisch motivierte Bünde verstehen und auch politisch aktiv sind. Einzelne Verbindungen innerhalb des Dachverbands „Deutsche Burschenschaften“ (DB), von denen sich ein gemäßigter Flügel Anfang 1996 abgespalten hat, stehen selbst in Burschenschaftskreisen in dem Ruf, rechtsextremistisches Gedankengut zu vertreten. Bei einigen dieser Burschenschaften vereinigen sich rechtsextremistisches Gedankengut sowie studentische Brauchtumpflege und burschenschaftliche Ideale zu insgesamt nationalistisch orientierten Gemeinschaften.“

Trotzdem bemüht sich die „Deutsche Burschenschaft“ verständlicherweise immer wieder, als demokratische Organisation zu erscheinen, so zum Beispiel im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Heidelberger „Europa-Burschenschaft Arminia zu Zürich“: Im Januar 1995 hatte die FAZ die Sicherstellung von Nazi-Liederbüchern sowie „nationalsozialistische(r) Schriftstücke in jeder Form“ aus dem Haus der besagten Burschenschaft gemeldet. Die „Deutsche Burschenschaft“ beeilte sich, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der es hieß, daß zum einen die betreffende Burschenschaft nicht zu ihren Mitgliedern gehöre, und daß zum anderen in ihrem Verband kein rassistisches und neofaschistisches Gedankengut vertreten werde.

Ersteres ist richtig: die Europa Burschenschaft Arminia zu Zürich gehört nicht zur „Deutschen Burschenschaft“, ihre Mitglieder arbeiten jedoch eng mit DB-Burschenschaften zusammen. beispielsweise in einem Ende 1990 unter dem Namen „Forum 90“ gegründeten Arbeitskreis mit Mitgliedern der „Burschenschaft Tuiskonia Karlsruhe“ und der „Burschenschaft Normannia Heidelberg“. Das „Forum 90“ war laut des Leserbriefs eines seiner Mitglieder in der Heidelberger Zeitschrift „ruprecht“, des DB-Burschenschafters und zeitweiligen REP-Mitglieds Wolfgang Unold

„(...) ein eingetragener Verein, der versuchte, nach der Lageveränderung durch die Wiedervereinigung 1989 eine Jugendbewegung gegen den Parteienstaat zu starten.“

Das Engagement dieses Vereins interessierte auch den Verfassungsschutz Baden-Württemberg, der ihn in seinen Bericht mit aufnahm.

Wie steht es aber mit der Aussage der „Deutschen Burschenschaft“ in ihrem Verband werde kein extremistisches Gedankengut vertreten? Hierfür ist ein Blick in die jüngere Verbandsgeschichte aufschlußreich: Schon auf dem Burschentag von 1973 wurde beschlossen, daß

„(...) die Mitgliedschaft in rechtsextremen Gruppen (...) mit der Mitgliedschaft in einer Burschenschaft der DB unvereinbar“

sei. Dies beinhaltete jedoch keineswegs eine Distanzierung von NPD, „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB) und anderen rechtsextremen oder neofaschistischen Organisationen, wurde doch ein entsprechender Antrag, in dem diese namentlich aufgeführt wurden, auf demselben Burschentag mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Marburger „Burschenschaft Rheinfranken“ begründete dies damit, daß

„die Verabschiedung der rechten Liste eine ganze Reihe von Bündeln in grundsätzliche Schwierigkeiten gebracht (hätte), sei es wegen ihrer aktiven Mitglieder, sei es wegen ihrer Altherrenschaften“.

Heute sieht das nicht viel anders aus, im Gegenteil mit dem Austritt vieler liberaler und konservativer Mitgliedsbünde, hat sich die Lage verschärft, wobei hinzukommt, daß sich viele Merkmale rechtsextremen Denkens in den Verlautbarungen von Burschenschäftern und Burschenschaften auffinden lassen, meistens sogar in den verbandsoffiziellen Schriften. Dazu zählen die Negation universeller Freiheits- und Gleichheitsrechte, Nationalismus verbunden mit imperialem Großmachtstreben und der Forderung nach Revision der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland, ein gesellschaftliches Leitbild, das sich an der angeblich natürlichen Ordnung einer Volksgemeinschaft orientiert, eine ablehnende Haltung gegenüber allen demokratischen und emanzipatorischen Bewegungen in Geschichte und Gegenwart.

Zusammengefaßt bedeutet das, daß angesichts der völkischen Programmatik, der innerverbandlichen Kräfteverhältnisse sowie den zahlreichen Verbindungen zum organisierten Rechtsextremismus von einer stabilen Verankerung des Rechtsextremismus innerhalb der „Deutschen Burschenschaft“ ausgegangen werden muß, auch wenn selbstverständlich nicht jede einzelne Burschenschaft, geschweige denn jeder einzelnen Burschenschaft als rechtsextremistisch bezeichnet werden kann.

Quelle: Alexandra Kurth

Arbeitsgruppe 4

BürgerInnenrechte - Innere Sicherheit

Norbert Pütter, CILIP; Moderation: Christoph Ellinghaus, ran e.V. DGB-Jugend

Seit Jahren ist festzustellen, daß mit der Diskussion um die sog. Innere Sicherheit zunehmend Bürgerrechte eingeschränkt werden. In den 80ern und Anfang der 90er waren dies das Demonstrationrecht, das Ausländer- und Asylrecht, die Pressefreiheit, die Unverletzlichkeit der eigenen Wohnung usw.

Als Legitimation für die Einschränkung bis Abschaffung dieser Rechte diente in den 70ern und 80ern die „terroristische Gefahr“. In den 90ern ist es die sog. organisierte Kriminalität, die dazu dient, Gesetzesänderungen durch das Parlament zu bringen, wie z.B. in Thüringen die verdachts- und ereignissunabhängigen Kontrollstellen, und die notwendige Begleitmusik zur Legitimation gegenüber der Bevölkerung zu liefern.

Norbert Pütter, Redakteur der Zeitschrift **Cilip**, Bürgerrechte & Polizei aus Berlin wird die Beschneidung der Bürgerrechte im Rahmen der Diskussion um Organisierte Kriminalität darstellen.

Mittlerweile ist die Organisierte Kriminalität abgelöst von einem allgemein beschworenen „dramatischen Anstieg“ der Kriminalität und einem damit einhergehenden Verlust des „subjektiven Sicherheitsgefühls“. Null Toleranz in den Kommunen wird da von Seiten der CDU- und SPD Politiker gefordert.

Nur, nicht gegenüber Ausgrenzung, Rassismus und Ausbeutung, sondern gegen Bettler, Drogenabhängige, Obdachlose und wer sonst so das Stadtbild in der Konsumfähigkeit herabsetze. Wie in Gera bereits Praxis gehen da Ordnungsamt und Polizei gemeinsam auf Streife und in Weimar sollen 1999 der Bundesgrenzschutz mit der Polizei gemeinsam patrouillieren.

Zum ersten Mal in diesem Wahljahr haben sich PDS und Grüne nicht damit zufrieden gegeben, die Ausgrenzungsstrategien und den Abbau von Bürgerrechten zu bennen. Beide Parteien haben sich bemüht, der Debatte um die sog. Innere Sicherheit ihre eigenen Konzepte entgegenzusetzen. Grundannahme bei beiden: die „Verunsicherung“ der Bevölkerung ernst nehmen. Kriminalpräventive Räte, Stadtteilforen, Bürger Polizei und Kontaktbereichsbeamte fordern, mit unterschiedlicher Gewichtung, die Bundesprogramme von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS.

Arbeitsgruppe 5

„Kein Mensch ist illegal“ - Menschenrechte und Asyl

Sandra Jesse, Flüchtlingsrat Thüringen e.V.; The Voice Forum

Die Einleitung zu diesem Thema wird uns der Film von Annette Harms „Roj Bas Kurdistan“ geben. Dieser bietet Informationen über die politische Lage und die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, über das Leben der kurdischen Menschen dort, über Fluchtgründe und die Asylpolitik in Deutschland.

Rassismus und Illegalität

Es werden all diejenigen Doktrinen rassistisch genannt, nach denen „individuelles Verhalten durch stabile, vererbte Merkmale determiniert ist, die von getrennten rassistischen Wurzeln mit unterschiedlichen Charakteristika abstammen und von denen man normalerweise annimmt, daß zwischen ihnen eine Beziehung der Unter- und Überlegenheit besteht.“ (Michael Banton)

Die christliche Kirche rechtfertigte lange die koloniale Ausbeutung in Afrika, Indien, Lateinamerika.

Die heutige Asylpolitik wurzelt sehr eindeutig in der Kolonialpolitik früherer Jahre. Nicht nur die politischen, ökonomischen und ökologischen Probleme, vor denen Menschen flüchten, sind durch koloniale Ausbeutung verursacht, auch die Verfahrensweise und der Umgang mit den Betroffenen ist häufig von rassistischem Denken geprägt.

Es scheint nicht schwer zu sein, einen Großteil der Bevölkerung in den Glauben zu bringen, daß es alles Fremde und alle Fremden sind, die für ökonomische Probleme verantwortlich seien. Also ist es für all jene folgerichtig und einfach anzunehmen, daß die „ausländerfeindlichste“ Politik ihnen die größten Vorteile beschert. Jährlich erleben wir neue Formen der Ausgrenzung: Menschen zu illegalisieren scheint unter diesem Stern nur gerechtfertigt und eine der leichtesten Übungen.

Bringt uns rot-grün Veränderungen?

Zur Verwendung Positionspapier PRO ASYL

Grundsätzliches Fazit: außer bei den Plänen zum Staatsbürgerschaftsrecht und vagen Aussagen zur Anerkennung bei geschlechtsspezifischen Fluchtgründen ist rot-grün in den Koalitionsvereinbarungen weit hinter ehemaligen Forderungen und Versprechungen im Wahlkampf zurückgeblieben

- evtl. Aktion zur Verfassung einer Stellungnahme gerichtet an die neue Regierung (Rückkehr zur internationalen Standards GFK und EMRK)

„Vielleicht sind die Flüchtlinge nur die Ersten?“

Ausgrenzung, Stigmatisierung, Überwachung, Leistungskürzung und Leistungsentzug sowie Kriminalisierung sind nur einige von gegen Flüchtlingen gerichteten Maßnahmen, die wir in diesem Teil erläutern und verständlich machen wollen.

Von einem Großteil der in der Flüchtlingsarbeit tätigen aus Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden usw. wird befürchtet, daß die derzeit an Flüchtlingen eresteten Maßnahmen später auch auf andere sozial benachteiligte Gruppen angewandt werden könnte (z.B. Sozialhilfeempfänger, Alleinerziehende usw.) Die Folgen sind momentan noch nicht überschaubar.

Konkret scheint sich beispielsweise schon das Sozialhilferecht in diese Richtung zu bewegen. Man denke an die Zuweisung von Zwangsarbeit, bei deren Ablehnung zumindest schon teilweiser Leistungsentzug droht.

Flüchtlingsaufnahmegesetz in Thüringen und Umsetzung

(evtl. Film mdr-Glaubenszeichen vom 29. Oktober 1998) und anschließende Diskussion

Am 1. Dezember 1998 soll in Erfurt ein neues Flüchtlingsheim eröffnet werden. Der Sinn des am 1. Januar 1998 in Kraft getretenen Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes, Flüchtlinge im Rahmen einer landesweit ausgewogenen Verteilung verstärkt in Wohnungen und nicht ghettoisiert in Sammelunterkünften unterzubringen, wird damit in sein Gegenteil verkehrt. In vielen Kommunen in Thüringen wird die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen ebenfalls blockiert.

Alle Argumente und Erfahrungen sowie der Wunsch der Flüchtlinge, menschenwürdig in den eigenen vier Wänden zu wohnen, sprechen für die individuelle Unterbringung. Angesichts des hohen Wohnraumleerstandes ist die Vermittlung von Wohnungen an Flüchtlinge möglich. Statt Betreiberfirmen und Wachdienste zu sanieren, sollten Gelder für humane Lebensbedingungen von Asylsuchenden verwendet werden.

Das mdr-Video könnte der Ausgangspunkt für eine Diskussion sein. Wir stellen uns vor, eine Initiative für eine humane und nicht-rassistische Umsetzung des verabschiedeten Flüchtlingsaufnahmegesetzes zu starten.

Zusammenfassend kann man sagen, daß in der Arbeitsgruppe ein Diskurs beginnend an den Wurzeln bis zu konkreten Auswirkungen stattfinden soll. Wir würden uns wünschen, daß am Ende unserer Arbeitszeit Menschen ermutigt werden in bestehenden Flüchtlingsgruppen in Thüringen ihr Engagement einzubringen bzw. eine Initiative oder Arbeitsgruppe ins Leben gerufen würde, die auch in Zukunft mit den erwähnten Themen befaßt sein würde.

Arbeitsgruppe 6

Nazis im Netz - Wo bleibt unser Netz?

Frank Vohla

Wie nahezu alle gesellschaftlichen Gruppierungen nutzen auch Nazis das Internet und Mailboxen für Kommunikation und Repräsentation. Das wirft eine Reihe von Fragen auf, deren Beantwortung möglicherweise auch für andere Bereiche wichtig ist.

Während zur Diskussion gedachte Mailboxnetze, wie das Thule-Netz im Gegensatz zu den linken Netzen vor sich hindümpeln, wächst die Nutzung von Webseiten als Propagandamittel ständig. Diese Webseiten werden oft als Argument für Repression im Internet gebraucht. Ist so eine Repression möglich oder überhaupt sinnvoll?

Neofaschisten schreiben auch in offenen Diskussionsforen, wie im Usenet. Wie soll man damit umgehen? Es als Provokation betrachten und ignorieren oder Versuche vermuten, daß virtuelle „befreite Zonen“ geschaffen werden sollen, die entsprechend massiv zurückgewiesen werden müssen? Beide Wege sind entgegengesetzt. Die Beobachtung der Naziaktivitäten zeigt, daß sich die Nazis oft als Opfer fühlen und ihre Angriffe als Verteidigungsmaßnahmen ansehen. Wie kommt eine solche Psychologie zustande?

Wichtig ist die Nutzung der Netze für unsere Zwecke. Mit Internet-Newsgroups und Mailbox-Brettern haben wir eine bequeme und preiswerte Möglichkeit zur Diskussion und Verbreitung von Informationen kurzer Lebensdauer. Unsere Kommunikationsstrukturen können so stark enthierarchisiert werden. Webseiten und Suchmaschinen bieten für Neulinge gute Möglichkeiten, Kontakte zu finden. Die Organisationen können mit Webseiten ihre Öffentlichkeitsarbeit erleichtern, da nicht mehr so viel Papier verschickt werden muß.

Themen (mit praktischer Anwendung):

Grundlagen

- Arten von Netzen und deren Anwendungsmöglichkeiten
- Der Nutzen von E-Mail, News und WWW

Nutzung von Netzwerken und Organisierung

- Gegenüberstellung der Nutzung von Netzwerkanwendungen Links/Rechts
- praktische Nutzung von Mailboxen und E-Mail für die politische Arbeit
- Verschlüsselung mit PGP

Störaktivitäten

- Mailbombing (Ausschaltung von E-Mail-Zugängen und WWW-Gästebüchern durch Versenden sehr großer Nonsensdateien)
- Spam (Versenden großer Mengen Werbung in Newsgroups zur Schaffung „befreiter Zonen“ oder auch zur Provokation)

Zonen-Nachrichten, Karussell, Flüchtlingsrat-Info und andere aktuelle Nachrichten zu Antirassismus und Antifaschismus in: <http://www.dgb-bwt.com>

